

Auf dem Weg zum Einparteienstaat Versuch einer Standortbestimmung des indonesischen politischen Systems

F. R É N A I R

Summary

Although in terms of a medium range development the present military regime can warrant a political stability, in the long run its government by decree, its authoritarian suppression of the many social conflicts, as well as the increasing economic contradictions between the few rich and the many poor people will create a dangerous revolutionary potential in Indonesia.

Einleitung

Sechs Jahre nach dem Staatsstreich der indonesischen Armee im Gefolge des Putschversuchs von 1965 und fünf Jahre nach der formalen Inthronisierung der „Neuen Ordnung“ erscheint eine vorläufige Bestandsaufnahme gewisser Aspekte des veränderten indonesischen politischen Systems angebracht. Dies um so mehr, als die Trends der vergangenen Jahre inzwischen schärfere Konturen angenommen haben und sich das System nach den Wahlen von 1971 und mit der Nominierung der Mitglieder zur Beratenden Volksversammlung (MPR) auch formal konsolidiert hat. Die von der Regierung selbst so bezeichnete „Übergangsphase“ von der alten auf die neue Ordnung ist damit beendet.

Die Regierung der „Neuen Ordnung“ hat die Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Modernisierung als Grundlage ihres Programms erklärt mit dem Ziel, im Laufe der nächsten 25 Jahre den Entwicklungsstand Japans zu erreichen. Als wichtigstes Instrument hierzu dient die Schaffung eines Einparteienstaates.

Als Garanten der politischen „Stabilität“ können solche Systeme zum Motor dessen werden, was mit „Modernisierung“ in Entwicklungsländern bezeichnet wird. Dies bekommt in Anbetracht der Traditionen des labilen indonesischen politischen Systems insofern einen besonderen Stellenwert, als es GOLKAR¹ zu gelingen scheint, die diffus organisierten traditionellen politischen Loyalitäten auf sich zu vereinen und auf diese Weise die gegenseitige Paralyisierung aufzuheben, Herrschaft effektiv auszuüben und die „Entwicklung“ voranzutreiben.

Zumindest die drei folgenden Elemente kennzeichnen einen Einparteienstaat: Formierung einer Einheitspartei auf der Basis „überparteilicher“ Argumente mit dem Ziel der Absorbierung bestehender politischer Gruppen (vertikale Formierung); eine horizontale Formierung erfolgt durch die Ablösung der Führungsgremien organisier-

¹ GOLKAR, die als Gegengewicht zu den in ideologischen Streitereien verfangenen politischen Parteien gegründete Organisation „funktionaler Gruppen“, vereinigte in den Wahlen von 1971 63% der Stimmen auf sich.

ter gesellschaftlicher Gruppen sowie privater und öffentlicher Institutionen. Der Staatsapparat schließlich, der sich dieses Instruments bedient, garantiert die Exklusivität seiner Manipulationsinstrumente.

Diese Typologie ist auf eine große Anzahl der Länder der Dritten Welt anwendbar, sagt jedoch über die Herrschaftsziele und -nutznießer zunächst wenig aus. Diese – wenn auch nur vorläufig – zu definieren ist Aufgabe einer Politikwissenschaft, die sich nicht auf eine Position des unverbindlich Deskriptiven reduziert sehen will. Auch die Politikwissenschaft kann einer qualitativen Beurteilung ihrer Forschungsergebnisse nicht länger mit dem Argument eines unvollkommenen Begriffsapparates ausweichen.

Daher wird dieser Aufsatz versuchen, die Frage nach der Qualität des sich formierenden Einparteiensstaates in Indonesien zu beantworten. Die vorläufige Hypothese lautet: das indonesische politische System bewegt sich in Richtung auf einen faschistisch-neokolonialen Typus. Bei dieser Formulierung ist sich der Verfasser des begrenzten Erkenntniswertes des Faschismusbegriffs bewußt, zumal in seiner Anwendung auf politische Systeme der Dritten Welt. Er scheint aber geeignet zu sein, ein komplexes Syndrom zu bezeichnen, bestehend aus kapitalistischem Wirtschaftssystem, das politisch tabuisiert ist, und einem Herrschaftssystem, das nicht auf Konsensus oder Überzeugung beruht. Faschismus wird hier also verstanden als Abgrenzung gegenüber sozialistischen Entwicklungs- und Erziehungsdiktaturen einerseits und gegenüber parlamentarischen Herrschaftssystemen andererseits.

Der konstitutionelle Rahmen der „Neuen Ordnung“

Die Regierung Suharto schmückt sich mit dem Attribut des Neuen, wodurch zunächst die Frage aufgeworfen wird, wo die Unterschiede gegenüber dem vorhergehenden System der „Gelenkten Demokratie“ (1958–1966) zu suchen sind. Zunächst: der konstitutionelle Rahmen ist seit 1958 unverändert durch die 1945er Verfassung vorgegeben. Diese Verfassung, von ihren Autoren als vorläufig begriffen², sieht ein Präsidialsystem vor nach Vorbild der USA. Der Präsident verdankt seine Wahl jedoch nicht einer demokratisch gewählten Körperschaft, sondern einer Institution, deren Mitglieder mehrheitlich von ihm selbst ernannt (!) sind, nämlich dem MPR (Beratende Volksversammlung). Ebenso wie Sukarno bedient sich auch Suharto bei politischen Entscheidungen der nicht-konstitutionellen Institution eines Küchenkabinetts, dessen Mitgliedschaft auf persönlicher Loyalität basiert, die sogenannten Aspri³. Aus dem Gesagten wird ersichtlich, daß es schwerfallen dürfte, in der Unterscheidung zwischen der „Gelenkten Demokratie“ Sukarnos und der „Pancasila-Demokratie“⁴ Suhartos mehr als Rhetorik zu sehen.

Nicht nur hinsichtlich der mangelhaften demokratischen Legitimierung und Kontrolle der Herrschaft sowie der wuchernden nicht-konstitutionellen Institutionen mit exekutiver Gewalt⁵ erscheint die „Neue Ordnung“ so neu nicht. Sowohl die alte als auch

² Sie wurde im Laufe eines einzigen Tages erstellt.

³ Assisten Pribadi (Privatassistenten); Suhartos Aspri sind sämtliche Militärs.

⁴ Neue Schreibweise.

⁵ Die augenblicklich gewichtigste ist das KOPKAMTIB (Kommando zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung).

die neue Regierung lebten von und mit der institutionalisierten sozialen Ungerechtigkeit und Rechtsunsicherheit bei gleichzeitiger Beschwörung des guten und gerechten Pancasila-Staates. Der politische und persönliche Stil ihrer Exponenten war und ist byzantinisch, gegen den kulturellen Wandel wird heute wie zuvor eine Kampagne zur „Bewahrung der indonesischen Kultur“ – deren inhaltliche Definition noch aussteht – geführt.

Dieses zunächst erstaunlich erscheinende Bündel von Gemeinsamkeiten wird ohne weiteres einsichtig, wenn man sich die Tatsache vor Augen hält, daß die Träger der beiden Ordnungen einen kulturell identischen Hintergrund haben und daß die Übernahme der Regierung durch einen anderen Personenkreis nicht gleichbedeutend war mit der Übernahme durch die nachfolgende Generation. Das heißt, die Regierungsgewalt blieb in den Händen einer kleinen Elite mit gemeinsamen Erfahrungen und Werten („1945er Generation“). Die Werte dieser Gruppe basieren auf den „vier Anti“, nämlich antidemokratisch, antiliberal, antiintellektuell und antikommunistisch, und finden ihren Ausdruck in Begriffen wie Solidarität, Emotionalität, Heroismus, Simplität, Indonesischtum und dergleichen mehr. Das Fehlen wirksamer Kontrollmechanismen zusammen mit einem Lebensstil, der sich an den javanischen Höfen orientiert, hat dazu geführt, daß jene Werte auf eine Herrschafts- und Bereicherungsideologie reduziert worden sind⁶.

Die Unterschiede zwischen den beiden Ordnungen ergeben sich nicht so sehr aus einem veränderten konstitutionellen Datenkranz als vielmehr aus grundsätzlich veränderten Machtverhältnissen. Die gegenwärtige Konzentration der Macht bei einer Gruppe ist in der Geschichte der indonesischen Republik ohne Beispiel. Während die parlamentarische Periode durch institutionelle Instabilität ausgezeichnet war – die letztlich zu ihrem Niedergang geführt hat –, war die Periode der „Gelenkten Demokratie“ durch ein System von Balancen und Konzessionen an die Armee, den politischen Islam und die Kommunistische Partei (PKI) bestimmt – auch die ein instabiles System, das von seinem „Lenker“ letztlich nicht mehr kontrolliert werden konnte. Nach Liquidierung der PKI und Ausschaltung der Marhaenisten⁷, das heißt der PNI (nationalistische Partei), verfügt die Armee heute über eine derartige Machtfülle, daß sich ihre Rücksichtnahmen hinsichtlich des politischen Islam auf verbale Konzessionen und kleine Geldgeschenke⁸ beschränken können.

Der Staatsbankrott führte dazu, daß sich die „Neue Ordnung“ wieder in das internationale System eingliederte und mit der Akzeptierung ausländischer privater Investitionen und der Entscheidung für eine – pancasilaistisch verbrämte – kapitalistische wirtschaftliche Entwicklung die Rolle eines neokolonialen Staates übernahm. Im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin verfügt die Regierung Suharto damit über einen klar definierten Zielkatalog, der sowohl vertikal, nämlich im Rahmen des inter-

⁶ Aufwendige Versuche der Herrschenden zur Institutionalisierung der Vererbung ihres Wertesystems an die jüngere Generation scheinen bisher nur bei den Kadetten erfolgreich gewesen zu sein.

⁷ „Marhaen“ ist im Indonesischen die Bezeichnung für einen besitzlosen Menschen. Sukarno entwickelte 1932 hieraus den Begriff des „Marhaenismus“ – eine Kampfidologie der nationalistischen Revolution, die am besten mit „Sozio-Nationalismus“ und „Sozio-Demokratie“ umschrieben wird (B. Dahm: Sukarnos Kampf um Indonesiens Unabhängigkeit, Berlin 1966, S. 111 ff.).

⁸ Verteilung der Überschüsse aus dem Hadschi-Fond an islamische Bildungseinrichtungen und dergleichen.

nationalen Systems, als auch horizontal, nämlich durch Besetzung der administrativen Schaltstellen durch Technokraten, operational ist.

Vertikale und horizontale Formierung des Einparteiensstaates

Zur Ausübung ihrer Herrschaft bedient sich die Armee der Ideologie der Doppelfunktion („dwifungsi“)⁹ und des Instruments der Funktionalen Gruppen (GOLKAR).

Wie weitgehend die indonesische Gesellschaft die Ideologie der Doppelfunktion des Militärs inzwischen internalisiert hat, wird daraus ersichtlich, daß hierüber außer in Intellektuellenzirkeln nicht diskutiert wird¹⁰.

Der kollektive Begriff „Militär“ ist nicht gleichbedeutend mit Homogenität des indonesischen Militärs. Seit Ende 1971/Anfang 1972 finden blutige Flügelkämpfe zwischen den beiden Fraktionen statt, die die Person Suhartos als Gallionsfigur benutzen. Da ist auf der einen Seite der Apparat des Verteidigungsministeriums, gesteuert von General Sumitro¹¹ („fat Sumitro“), ein reiner Militarist, der die Streitkräfte als moderne Maschine zur Durchsetzung langfristiger politischer Ziele („Stabilität“, „Ordnung“) begreift. Er führt einen permanenten Kampf gegen Opsus (Spezialtruppe zur Bekämpfung der Kommunisten) unter dem „Aspri“ General Ali Murtopo (persönlicher Berater Suhartos), der die Doppelfunktion als Finanzierungsinstrument für unmittelbare politische Ziele vermittels spektakulärer Aktionen (wie „Mini-Indonesia“-Projekt)¹² begreift. Alliierte von Ali Murtopo sind ein weiterer „Aspri“, nämlich General Sudjono Humardani, zuständig für Wirtschaft, sowie Frau Tien Suharto (Gattin des Präsidenten), hauptsächlich damit beschäftigt, Wirtschaftsunternehmen unter ihre Kontrolle zu bringen¹³. Rückgrat dieser Fraktion ist niemand anders als die chinesischen Finanziers, die „cukongs“.

Um Opsus zu treffen, hat die Maschine die Diskussion um die Rolle der Chinesen in der indonesischen Wirtschaft wieder angeheizt. Dies als Vergeltung für die Nieder-

⁹ Der Anspruch auf eine doppelte, das heißt militärische und gesellschaftliche Funktion wird von den indonesischen Streitkräften seit ihrem Bestehen als Basis zur Ergreifung der Macht vorgebracht. Die aktive politische Rolle wird dabei in erster Linie aus der Auffassung abgeleitet, daß die Politiker während der Entkolonisierung vollkommen versagt hätten (Gefangennahme Sukarnos und Hattas durch die Holländer, Lingajati-Abkommen usw.), daß sie zudem den Staat nicht zusammenhalten könnten (regionale Rebellionen, Darul Islam) und daß sie schließlich zu weich gegenüber der PKI seien (Nasakom). Die ökonomische Basis wurde dem Militär von Sukarno zur Verfügung gestellt im Laufe der 1957er Nationalisierungen. Zu den konsekutiven Versuchen der Machtergreifung der Armee seit der Unabhängigkeit s. R. McVey, *The Transformation of the Post-Revolutionary Indonesian Army*, in *INDONESIA* No. 11, April 1971, and Nr. 13, April 1972.

¹⁰ Alfian, einer der angestellten Intellektuellen, rezensierte den „Kathechismus der dwifungsi“: Sadjiman, *Langkah 2 Perdjoangan Kita*, Djakarta 1972. Er bemängelte lediglich in milden Worten die wenig überzeugende Argumentation des Verfassers hinsichtlich der notorischen „Unzuverlässigkeit“ der Zivilisten, unterließ jedoch eine kritische Durchleuchtung der Ideologie. Alfian, *Lukisan Pikiran 2 Seorang Djendral*, in: *Horizon* Nr. 5, Mai 1972.

¹¹ Absolvent der Hamburger Führungsakademie des Heeres (!).

¹² Vgl. hierzu den Artikel von A. Budiman in diesem Heft (d. Red.).

¹³ Konform mit der traditionellen Rolle der javanischen ibu (Mutter), die der praktischen Seite des Lebens nachgeht, während die Männer sich der Politik und den „höheren“ Wertenden widmen.

lage im Januar, als Suharto das Mini-Projekt absegnete. Und so weiter und so weiter. Das Volk schaut ratlos zu, und die Intellektuellen nehmen befriedigt zur Kenntnis, wie die Herrschenden sich gegenseitig zerfleischen.

Weder „dwifungsi“ noch GOLKAR sind Phänomene, die etwa erst von der „Neuen Ordnung“ geschaffen worden wären. Das Militär hat sich auch hier lediglich des verfügbaren Instrumentariums bedient und es für seine Zwecke weiterentwickelt. Die Schaffung GOLKAR's war ein unmittelbares Ergebnis der Frustrationen, resultierend aus den endlosen und ergebnislosen Diskussionen der Verfassungsgebenden Versammlung zwischen 1956 und 1958, vom Anspruch her eine „indonesische Alternative“ zum Parlamentarismus, in Wirklichkeit jedoch das bekannte System der Ständerepräsentation. Die volle Entfaltung dieser Ständerepräsentation war durch das Vorhandensein konkurrierender Parteien begrenzt. Ob das Militär unmittelbar nach seiner Machtübernahme geplant hatte, sich des Instruments GOLKAR zur Stabilisierung seiner Herrschaft zu bedienen, ist relativ unerheblich. Ebenso unerheblich ist es, welchem Gehirn dieser meisterhafte taktische Schachzug entsprungen ist. Entscheidend ist, daß das Militär frühzeitig Schritte zur Eliminierung des Parteiensystems eingeleitet hat. Nach Liquidierung der PKI verblieb nur noch das relativ simple Problem, den verbleibenden Parteien eine Rolle zuzuweisen. Der MPRS (Vorläufige Beratende Volksversammlung) beschloß daher 1967 eine „Vereinfachung“ des Parteiensystems, das heißt, eine Empfehlung an die Parteien, sich in zwei Gruppen, nämlich der säkularen plus der christlichen einerseits und der islamischen andererseits, zu fusionieren¹⁴. Im Verlauf der Wahlvorbereitungen zeigte es sich, wie die Regierung jene „Vereinfachung“ qualitativ verstanden wissen wollte, nämlich als gleichgeschaltete macht- und einflußlose Gruppen. Dieser Prozeß begann mit der Manipulierung der Parteikongresse beginnend mit der Parmusi¹⁵ 1968 und endete 1971 wiederum bei Parmusi durch Oktroierung eines Parteivorsitzenden durch die Regierung¹⁶.

Parallel zu dieser Gleichschaltung der Parteien begann das Militär mit der gezielten Entwicklung GOLKAR's als zukünftige Einheitspartei. Der inhaltlich und programmatisch leer vorgefundene Rahmen GOLKAR's wurde ausgefüllt, indem man ihn zur tragenden Organisation der „Neuen Ordnung“ erklärte und durch die Nominierung prominenter Minister (Sultan Hamengku Buwono, Adam Malik usw.) als Kandidaten klarstellte, daß man ausschließlich diese Gruppe als „zuverlässig“ betrachte. Die Höhe des Wahlsieges von GOLKAR war trotz dieser sorgfältigen Vorbereitungen eine unerwartete Überraschung. Diese entscheidende Station in der vertikalen Expansion GOLKAR's wurde ein Jahr nach den Wahlen durch die Ernennung der Mitglieder des MPR perfektioniert: GOLKAR verfügt hier über 93% aller Sitze¹⁷. Im Wahlgesetz von 1969 gelang dem Militär die Aufnahme eines

¹⁴ In der Erwartung, aus dieser Fusion gestärkt hervorzugehen, schlossen sich die Parteien dieser Empfehlung an. Sie wurden bitter enttäuscht.

¹⁵ Nachfolgeorganisation der 1960 verbotenen urbanen und „progressiven“ islamischen Partei Masjumi.

¹⁶ Vgl. die anschauliche Darstellung der Vorwahlkongresse der Parteien durch Harold Crouch, *The Army, the Parties and Elections, INDONESIA* Nr. 11/71.

¹⁷ Der MPR, als höchstes Staatsorgan mit dem Auftrag ausgestattet, die Richtlinien (haluan negara) der Politik zu bestimmen und den Präsidenten zu wählen, besteht aus 920 Sitzen. Diese setzen sich zusammen aus den 460 Abgeordneten des DPR (Parlament) – von

Passus, demzufolge GOLKAR das Recht auf Ernennung von 207 der 460 ausstehenden Sitze eingeräumt wurde, und zwar im Verhältnis 3:1 zugunsten des Militärs. Am 19. Juli 1972 ernannte Suharto 155 Militärs zu Mitgliedern des MPR, darunter die Crème der Generalität. Die 52 zivilen Ernannten dieser Kategorie sind dozile Exponenten ständischer Organisationen (Intellektuelle, Jugend, Lehrer, Unternehmer, Veteranen, Organisation der 45er Generation, Bauern, Genossenschaften, Arbeiter, Frauenorganisationen, die religiösen Gruppen, Journalisten, Beamte). Diese Gruppe der Ernannten bildet zusammen mit den 356 GOLKAR-Abgeordneten des DPR den soliden Grundstock zur legislativen Absicherung der Militärherrschaft. Natürlich hat GOLKAR auch seinen prozentualen Anteil an den restlichen 253 Ernannten, da sich diese Gruppe auf die Provinzen, die politischen Parteien und GOLKAR verteilt.

Diese vertikale Perfektionierung in der Periode zwischen Juli 1971 und Juli 1972 wurde durch die Transformation GOLKAR's von einer Wahlmaschine in eine leistungsfähige Organisation ermöglicht. Hierzu gehören nicht nur ein brain-trust, wie die „Jajasan Proklamasi“, sondern auch ein entwicklungsfähiges Presseimperium mit den Tageszeitungen Suara Karya, Berita Buana, dem Nachrichtenmagazin Express und der Studentenzeitung Minggu Mahasiswa. Diese Organisation befindet sich fest in Händen des Militärs¹⁸.

Es ist nur folgerichtig, daß der Innenminister Amir Machmud nach seinem erfolgreichen Debüt als Wahlkampfmanager für GOLKAR auch die horizontale Expansion der Einheitspartei vorantreibt¹⁹. Die Gleichschaltung von Institutionen umfaßt das weite Spektrum zwischen Industrie- und Handelskammern bis zum Nationalkomitee der World Assembly of Youth.

Die wirtschaftliche Komponente des Systems

Der neokoloniale Status wurde von der „Neuen Ordnung“ bewußt akzeptiert. Die Technokraten rationalisieren ihn mit Sachzwängen und der Argumentation, daß es sich hierbei um ein Übergangsstadium handle, welches Indonesien beschleunigt mit Kapital, Arbeitsplätzen und know-how auszustatten in der Lage ist. Die Dynamik des Systems mit seinen immanenten Interessen macht die Auffassung, daß ein Staat der Dritten Welt den Kapitalismus sozusagen steuern und beherrschen könne, zu einer selbstbetrügerischen Illusion. Die neue Wirtschaftspolitik hat Mechanismen in Gang gesetzt, die nicht ohne weiteres reversibel sind. Die Tradition der Nationalisierungen zusammen mit Passagen der Verfassung, die durch die koloniale Ausbeutungssituation inspiriert wurden, der Komplex des „marhaenistischen“ Erbes

denen wiederum 100 vorab ernannt wurden – und einer gleichen Anzahl Personen, vom Präsidenten ernannt, ursprünglich zur regionalen Repräsentation gedacht.

¹⁸ Dewan Pembina Golkar Pusat (Aufsichtsrat): die Generäle Ali Murtopo, Mas Isman, Amino Gondohutomo, Suhardiman, Amir Machmud, Panggabean, Sumitro, Darjatmo, Gintings, Sugandi plus 6 Minister.

Golkar-Vorstand: die Generäle S. Sukowati, Amir Murtono sowie die integrierten Intellektuellen Sumiskum, Cosmas Batubara, David Napitupulu.

¹⁹ Dies geschieht ohne auch nur den Anschein von Legalität zu wahren; der terminus technicus für die personelle Gleichschaltung von Institutionen lautet denn auch „golkarisieren“.

schließlich, haben zu einer Etikettierung des indonesischen Kapitalismus als „pancasilaistische Wirtschaft – Ekonomi Pancasila“ durchgeführt. Da sich Einsatz und Nutzung des Kapitals ausschließlich nach Effizienzkriterien bestimmen, ist es unerheblich, ob das inländische Kapital von autochthonen Indonesiern oder von lokalen Chinesen investiert wird. Die Diskussion über eine größere Beteiligung der „pribumis“ (autochthone Indonesier) geht also von einer Scheinproblematik aus. Die kumulative Summe der per 1. 1. 72 genehmigten ausländischen privaten Investitionen – entweder als indonesisch-ausländische Gemeinschaftsunternehmen, in der Regel mit indonesischer Minderheitsbeteiligung, oder in Form rein ausländischer Investition – liegt bei rund 4,3 Mrd. DM. Diese Investitionen erfolgen sämtlich im Rahmen des Gesetzes über ausländische Investitionen von 1967, das im Jahre 1970 novelliert wurde. Der überwiegende Teil dieser Summe wird in den Bereichen Holzabbau (etwa 13 Mio. ha) und Bergbau mit jeweils rund 30% investiert. In diesen Bereichen übt der Staat nicht sehr viel mehr als nur symbolische Aufsichtsfunktionen aus, die wichtigsten Unternehmensentscheidungen werden außerhalb Indonesiens gefällt. Im verarbeitenden Sektor sind etwa 25% der ausländischen Investitionen angesiedelt; mit Ausnahme des Textilbereichs handelt es sich hierbei in der Regel um kleinere Abfüll-, Verpackungs- oder Montagebetriebe, die weder einen nennenswerten Beschäftigungseffekt haben, noch einen nennenswerten Technologie-Transfer ermöglichen²⁰. Bedenkt man, daß die geschätzte jährliche Zuwachsrate der arbeitsfähigen Bevölkerung bei mindestens 1 Million Menschen liegt, von denen die Landwirtschaft nur etwa 60% absorbieren kann, dann wird die geringfügige Rolle ausländischer Investitionen in dieser Hinsicht deutlich.

In absoluten Zahlen gesehen und unter Berücksichtigung des Zeitfaktors erscheint der Wert der ausländischen Investitionen gemessen am Bruttosozialprodukt eher gering: die bisher jährlich realisierte Investitionssumme dürfte im Schnitt 300 Mio. DM kaum überschreiten; ihr Anteil am außerhalb der Landwirtschaft erbrachten Bruttosozialprodukt erreicht damit weniger als 10%. Setzt man jedoch die durchschnittlichen jährlichen ausländischen Investitionssummen gegen die seit 1968 erfolgten inländischen Privatinvestitionen, so verschiebt sich die Gewichtung in ganz entscheidender Weise: für den Zeitraum zwischen 1968 und 1971 liegt nämlich das Verhältnis der durchschnittlichen in- und ausländischen privaten Investitionen bei 1:1 (!). Dieses Bild verschiebt sich selbst unter Berücksichtigung öffentlicher Investitionen nur unwesentlich, da der Staat praktisch die gesamte ausländische öffentliche Kapitalhilfe zum Ausbau der Infrastruktur verwendet.

Der Anteil deutscher Firmen an diesen Investitionen beläuft sich auf rund 72 Mio. DM; die Bundesrepublik liegt damit unter 25 Ländern an elfter Stelle, die USA liegen mit 35% aller Investitionen an der Spitze, gefolgt von Japan und den Philippinen mit je rund 17%. Unter den europäischen Ländern liegt die Bundesrepublik an zweiter Stelle nach den Niederlanden²¹.

Investitionen im Ölsektor (und im Bankgewerbe)²² sind in der oben genannten

²⁰ Die durchschnittliche Investitionssumme dieser 237 Betriebe liegt bei rund 4 Mio. DM.

²¹ Alle Zahlen aus: Invest in Indonesia, An Official Publication of the Government of the Republic of Indonesia, Djakarta 1972.

²² Die acht ausländischen Banken, davon vier amerikanische, sind in ihrem Operationsfeld auf Djakarta begrenzt. Die Zahl der ausländischen Angestellten sowie die Ausdehnung der Geschäftsräume läßt auf florierende Geschäfte schließen.

Investitionssumme nicht enthalten, da diese einem anderen Procedere unterliegen. Die ausländischen Ölgesellschaften (z. Z. etwa 40) sind Konzessionäre des staatlichen Erdölmonopols PERTAMINA und führen 65% ihrer Gewinne an diese ab. Größter Einzelkonzessionär ist Caltex mit einer Tagesproduktion von 1 Mio. barrels.

Die vitale Bedeutung des Ölsektors für die indonesische Volkswirtschaft ergibt sich daraus, daß die Rohölexporte während des Haushaltsjahres 1971/72 in Höhe von etwa 1,8 Mrd. DM fast 45% der gesamten Exporte ausmachten.

Zusammenfassung

Die oben aufgezeigten Elemente der Herrschaft der indonesischen Militärs verbürgen mittelfristig gesehen die für jede wirtschaftliche Entwicklung notwendige politische Stabilität. Sie verbürgen jedoch langfristig durch die Unterdrückung bzw. dekretweise „Lösung“ der zahlreichen gesellschaftlichen Konflikte sowie durch die zunehmende Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den wenigen Reichen und den vielen Armen ein erstrangiges revolutionäres Potential. Wann und in welchem Umfang sich dieses jedoch mobilisieren läßt, ist im Augenblick nicht abzusehen. Und ob die PKI mit ihrer Volksfronttradition und ihrer geringen Attraktion für die Intellektuellen die erforderliche Aufklärung und Mobilisierung anführen kann, wird füglich bezweifelt.